

E 10

Antragsteller: Jusos Frankfurt

Die Ausgrenzung von Fachhochschülerinnen und Fachhochschülern von der Frankfurter Goethe Universität nicht akzeptieren .

Wir fordern die Landtagsfraktion der SPD im hessischen Landtag und unsere verantwortlichen Amtsträger im Bereich der Hochschul- und Wissenschaftspolitik auf, alle notwendigen juristischen und politischen Schritte zu unternehmen, damit die kategorische Ausgrenzung von Fachhochschülerinnen und Fachhochschülern vom Studium an der Frankfurter Goethe Universität ab dem Wintersemester 2008/2009 nicht vollstreckt wird.

Begründung:

Der Senat der Frankfurter Goethe Universität hat am 23. Januar 2008, gegen den eindeutigen Protest des ASTAs und der studentischen Repräsentanten im Hochschulsenat beschlossen, ab dem Wintersemester 2008 kategorisch alle Fachhochschülerinnen und Fachhochschüler vom Studium an der Frankfurter Goethe Universität auszuschließen. Nach §63 des hessischen Hochschulgesetzes, kann die Fachhochschulreife eine gestufte Zugangsberechtigung zur Universitätsstudium darstellen. Aufgrund dieser jahrzehntelang bewährte Regelung sind gegenwärtig 6000 StudentInnen mit der Zeugnis der Fachhochschulreife an der Frankfurter Goethe Universität eingeschrieben. Künftig sollen nur noch Studienbewerber mit Abitur sich zum Studium einschreiben dürfen. Begründet wurde diese Selektionsmaßnahme mit einer anzustrebenden „Schärfung des wissenschaftlichen Profils“. Den wissenschaftlich fundierten Nachweis, dass StudentInnen mit dem Zeugnis der Fachhochschulreife schlechtere Leistungen erbringen oder die Qualität von Lehre und Forschung negativ beeinträchtigen, konnte das Präsidium der Goethe Universität unter Verantwortung von Prof. Steinberg jedoch nicht liefern. Die Ausgrenzung von Fachhochschülern vom Universitätsstudium erfüllt demnach nur den realen Zweck weitere Studienplätze abzubauen und das Maß an sozialer Bildungsselektion im Zuge einer ideologischen Elitenbildung zu erhöhen.

Wir Frankfurter Jusos protestieren gegen diese Maßnahme auf das schärfste und solidarisieren uns mit allen Betroffenen Fachhochschülern und Fachoberschülern deren Chancen auf ein Universitätsstudium in Frankfurt dadurch zu Nichte gemacht wird. Dieser radikale Einschnitt in den Zugangschancen zum Studium an der Goethe Universität ist für uns moralisch, sozial und politisch inakzeptabel. Errungenschaften sozialdemokratischer Hochschulreformen sind in den vergangenen Jahren systematisch durch die abgewählte Landesregierung und das Universitätspräsidium geschleift worden. Anstelle progressiver Leitbilder von Chancengerechtigkeit und der Förderung des zweiten Bildungswegs, setzt diese neokonservative Hochschulleitung auf Entdemokratisierung, Kommerzialisierung und soziale Selektion der Studierendenschaft. Negativer Höhepunkt dieses autoritären Prozesses ist nun die systematische Ausgrenzung von jungen Menschen die keine lineare gymnasiale Bildungsbiographie vorweisen können. Mit Übernahme der Regierungsverantwortung durch eine SPD Landesregierung unter Andrea Ypsilanti hat die Sozialdemokratie nun die einmalige Chance und Verantwortung diese ungerechte Bildungsselektion an

Hessens größter Universität zu beenden. Hessen, Frankfurt und die Goethe Universität brauchen wieder eine echte sozialdemokratische Hochschul- und Wissenschaftspolitik die mehr Bildungsgerechtigkeit verwirklicht und die asoziale Ausgrenzung von Begabten jungen Menschen von qualifizierten Universitätsabschlüssen und Berufschancen beendet.